

*In der Hafenstadt Tumaco (120.000 Einw.) fand eine Demonstration von Bauern gegen die gewaltsame Beseitigung von Coca-Pflanzungen statt. Von Unbekannten wurden sechs Teilnehmer an der Demonstration erschossen.*

*Am 20.10. 2017 untersucht SEMANA den Fall, der zeigt, welche neuen Frontlinien sich abzeichnen, nachdem der Friedensvertrag mit der FARC in Kraft getreten ist. Es bestätigt sich, dass die Nachkonfliktzeit nicht leicht zu bewältigen ist.*

### **Die Morde an Zivilisten in Tumaco gehen weiter- Was geschieht dort?**

Zusätzlich zu dem Massaker an sechs Kleinbauern kommen die Morde an einem Aktivisten der afrokolumbianischen Bewegung und an zwei Indianern vom Stamm der Awa. Die Beweggründe liegen im Cocaanbau, beim Landeigentum und der Unfähigkeit des Staates, Räume zu kontrollieren, welche die FARC verlassen hat und wo sich heute neue kriminelle Gruppen bekämpfen.

Der Friedensdiskurs in Tumaco geht den Bach herunter. Die Formel der Regierung, die Anstrengungen unternimmt, Ordnung in dieser Stadt zu schaffen, wo es die meisten Coca-Plantagen des Landes gibt, verblasst, während die Zivilbevölkerung die Toten zählt. Vor 14 Tagen wurden sechs Bauern im Ortsteil El Tandil massakriert und diese Woche erfuhr man von den Morden an zwei Awa-Indianern und einem afro-kolumbianischen Aktivisten, die ebenfalls in ländlichen Ortsteilen stattfanden.

#### **Das letzte Opfer**

José Jair Cortés wurde am Dienstag im Ortsteil Restrepo erschossen. Er war 41 Jahre alt, und man hatte ihn vor einem Monat von seinem Land vertrieben, weil er an die Substitution des Coca-Anbaus glaubte, sich jedoch der gewaltsamen Vernichtung der Pflanzungen widersetzte. „Ein militärisches Ziel“, das waren die Worte, mit denen man ihn vom Land vertrieb. Er war ein sozialer Führer, Sprecher des Gemeinschaftsrates von Alta Mira und Frontera. Es kamen Drohungen, eine kugelsichere Weste und Transportunterstützung von der Nationalen Schutzeinheit wurden gestellt. Die Gefahr war da, alle sahen sie kommen, aber niemand tat etwas.

Auch wenn man dieser Tage vom Frieden redet, kam Jair ins Zentrum von Tumaco, auf der Flucht vor der Gewalt. Wie der gesamte Verwaltungsausschuss des Stadtrates wandte er sich dagegen, an der Aktion gegen die Drogenpolizei teilzunehmen, die damit endete, dass sechs Menschen in El Tandil ermordet wurden. Während die Vereinigung der Bürgerinitiativen im Gebiet der Flüsse Mira, Nulpe und Mataje argumentiert, die Demonstranten hätten freiwillig teilgenommen, gibt es auch Aussagen, dass einige Teilnehmer von einem Drogenboss namens Cachi und Guacho, einem FARC-Dissidenten, unter Druck gesetzt wurden.

Seine Geschichte ist auch die eines angekündigten Verbrechens. Mehrere Tage hielt er sich am Rand von Wegen auf, die zu seinem Land führen, aber am Samstag entschloss er sich, zu seiner Familie zurückzukehren. „Angetrieben von Verzweiflung, fand er sich in seiner Wohngegend ein und besuchte seine Frau, die bei schlechter Gesundheit ist“, erklärt der Gemeinschaftsrat in einer Kommunikation.

Mit seinem Tod sind nun fünf Mitglieder des Ausschusses und fast zehn Führungspersonen von Ortsräten ermordet worden.....*es werden die Namen genannt*..... Weder vor, während oder nach den Verhandlungen mit der FARC hat man in Tumaco ruhig atmen können.

„Alle kürzlich geschehenen Tragödien zeigen, dass regierungsseitig viel zu tun bleibt bei der Umsetzung des Friedensvertrages. Das erklärt, dass unter diesen Umständen sich illegale bewaffnete

Gruppen gebildet haben und dass die Morde an Kleinbauern und Führern von Bürgerbewegungen zugenommen haben wie auch die Coca-Pflanzungen, die innerstädtische Gewalt und das Nichtfunktionieren aller Programme für den Nachkonflikt“, heißt es in der Erklärung.

Die Regierung ist dabei, das Rennen gegen die Gewalt zu verlieren. Das Vakuum, das die älteste Guerrilla Lateinamerikas hinterließ, wurde nicht durch die staatlichen Institutionen gefüllt, sondern durch Akteure, die um die 20.000 Hektar Coca-Pflanzungen kämpfen, die es im Gebiet der Stadt gibt, sowie um die Vertriebswege der Drogen, die durch die Lage der Stadt besonders vorteilhaft sind: Die Lage am Pazifik, die umliegenden Urwaldgebiete und die Nähe zur Grenze zu Ecuador. Man hat in Tumaco das Gefühl, dass die Probleme über und über untersucht wurden, aber mögliche Lösungen in Sitzungen und Abmachungen zerrieben werden.

Die Regierung reagierte auf die jüngste Krise durch die Anwesenheit von Vizepräsident Oscar Naranjo, der mehr als eine Woche von der Stadt aus agierte und die Institutionen zeigte Gesicht. Aber in Wahrheit haben diese Aktionen die mit dem Drogengeschäft verbundenen Morde nicht gestoppt. Und zum anderen hat Naranjos Anwesenheit das Problem nicht von Grund auf gelöst.

Die Speerspitze der Regierungsstrategie ist weiterhin die gewaltsame Beseitigung der Coca, denn lediglich ein Hektar von jeweils neun ha vernichteter Coca-Kulturen wird mit alternativen Kulturen bepflanzt. Aber die Forderungen der örtlichen Gemeinschaft gehen in andere Richtung: Man fordert Transportwege zur Vermarktung alternativer Produkte, eine alternative Wirtschaft zur Anlage guter Pflanzungen, entschlossene Interventionen gegen die illegalen bewaffneten Banden, die nach der Feuereinstellung der FARC die Macht übernommen haben, befehligt von Guacho und reinen Narcokriminellen wie Cachi und Contador, einem Mitglied des Golf-Clans, und außerdem gegen neue Paramilitärs, wie die sog. „Neue Generation“.

Die Prokuratur forderte ihrerseits, der Staat müsse „die Dynamik antizipieren, die von Kriminellen ausgeht, die an der Aufrechterhaltung illegaler Pflanzungen interessiert sind und die verhindern, dass die örtlichen Gemeinschaften die Umwandlung ihrer Ländereien und die Selbstorganisation neuer Lebensformen zur Verbesserung ihrer Bedingungen in die Hand nehmen“.

Obwohl es zutrifft, dass das Massaker von Tandil und der Mord an Jair Cortés intensiv untersucht werden, fressen die Coca und der Landkonflikt Tumaco auf. Hinter der Großaktion, die fruchtlos versucht, gewaltsam Coca-Pflanzungen zu beseitigen, versteckt sich ein Disput, dem die Gemeinschaften ausgesetzt sind.

### **Ländereien ohne Grenzen**

Von den 16 Gemeinschaften, die in der Stadt bestehen und als Vertretungen afrokolumbianischer Einwohner anerkannt sind, verkörpern Alta Mira und Frontera das Drama, dem sie alle in dieser Gegend ausgesetzt sind. Der Grund dafür? Obwohl das Innenministerium 1997 16.000 ha Landbesitz legalisierte, machten die Vertreibungen den Inhalt der Besitzurkunden zunichte.

Mit dem Plan Colombia und dem Kampf gegen das Drogengeschäft, der seit 2000 richtig in Gang kam, flüchteten Hunderte von Kleinbauernfamilien aus den Departements Caquetá, Putumayo und Antioquia wegen der Sprühungen mit Glyphosat. Sie ließen sich in Tumaco nieder und begannen dort mit einer sich gerade entwickelnden Drogenwirtschaft. Strategisch war dafür, dass eine einzige Ortschaft Aussaat, Verarbeitung und Transport der Droge betrieb. Wie dem auch sei, es kamen viele, um Parzellen zu erwerben und zu besetzen, die dem Gemeinschaftsrat von Alta Mira und Frontera gehörten. Aber sie blieben dort. Die eingesessenen Afrokolumbianer verloren die Kontrolle über die Ländereien, und heute reklamieren die Besetzer „ihr“ Stückchen Land.

Das Problem verschärfte sich infolge der Unkenntnis der lokalen Gegebenheiten. Obwohl die Ländereien rechtsgültig zugewiesen waren, erkannte die Regierung des Departements Nariño die Präsenz der Vertretungen der neuen Gemeinschaften in in einer Zone, die bereits den Afrokolumbianern gehörte an, und dadurch kam es zum Schock zweier Kräfte. In den Streit verwickelt waren 5000 Familien afrokolumbianischer Einwohner und 8000 Familien von Neusiedlern.

„Trotz des Bestehens eines Schutzes der Rechte unserer Einwohner bestehen die Landprobleme weiter. Das Verbrechen an unserem Bruder Jair geschah wegen seiner Verteidigung des Territoriums und seines Eintretens für die Substituierung illegaler Kulturen trotz des enormen Versagens der Regierung bei der Durchführung“, warnte der Gemeinschaftsrat.

Obwohl man weiß, dass das Agrarproblem sich während des bewaffneten Konflikts verschärft und das Fortbestehen der Gewalt ausgelöst hat, hat die in Havanna vereinbarte Lösung noch nicht begonnen, Resultate zu zeigen. Das Landprojekt könnte eine große Chance eröffnen, seit 50 Jahren anhängige Veränderungen zu vollziehen, aber seine Behandlung im Kongress kommt nicht voran.

Während man an einer Lösung arbeitet, ist geplant, dass am 13. Oktober sich eine Sanierungskommission nach Alto Mira und Frontera begeben wird, um das Problem des Grundeigentums zu entwirren. „Wir haben einen Plan entworfen zur Schaffung eines Programms der Landzuweisung, wodurch die Umsiedlung der Neusieder möglich werden soll, unter der Bedingung, dass sie sich zur Substitution des Pflanzenanbaus verpflichten, und wir werden dieses Territorium von 24.000 ha und die darin eingeteilten Parzellen genau abgrenzen, so dass alle Beteiligten Rechtssicherheit erhalten“, bemerkt Miguel Samper Strouss, Generaldirektor der Nationalen Agentur für Grund und Boden.

Roberto Menéndez, Chef von MAPP-OEA, der Unterstüzungsmision der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS/OEA), hob die Anstrengungen des Staates im Raum Tumaco hervor. Gleichwohl rief er den Staat auf, „die Unversehrtheit der Bevölkerung zu garantieren, die Schutzmaßnahmen für Führungspersonen zu verstärken sowie juristische Ermittlungen voranzutreiben, die zur Feststellung der Verantwortlichen für die jüngsten Ereignisse führen“. Und so gehören auch Sprecher von MAPP-OEA der humanitären Kommission an, die kürzlich bedroht wurde, als sie sich dem Ort des Massakers näherte.

Deshalb präzisiert Menéndez: „Es ist wichtig, dass die staatlichen Behörden vorankommen mit der Artikulierung ihrer Programme und dabei bedenken, dass dort Gemeinschaften der Afrokolumbianer, der Indigenen und der Bauern zusammenkommen, die unterschiedliche Vorstellungen vom Landeigentum haben“.

### **Im Blickfeld: die Awas**

Das Volk der Awa, Indigene, die über Jahrhunderte den Raum Tumaco besiedelt haben, steht gleichfalls im Blickfeld der Gewalttätigen. Am vergangenen Montagmorgen wurden nach Informationen von SEMANA zwei Angehörige des Stammes nahe ihres Hauses in Guayacana an der Straße nach Ipiales ermordet.....

Die jüngsten Gewalttaten gegen diese Gruppe hören damit nicht auf. Die Gemeinschaft berichtete von der Anwesenheit verschiedener bewaffneter Gruppen in ihrem Gebiet, darunter auch FARC-Dissidenten, Drogenbanden und auch Einheiten des Heeres.

SEMANA bereiste am 10. Oktober einen Teil des Territoriums der Awa und fand diese Angaben bestätigt. Am Eingang zum Reservat Piedra Sellada, eine halbe Stunde Bootsfahrt von El Tandil, dem Ort des Massakers entfernt, entdeckte man vier Personen, eine davon sichtbar bewaffnet, die offensichtlich zu den FARC-Dissidenten gehörten.

Die Bewohner der Gegend berichten, dass seit der Entwaffnung der FARC sich mehrere Gruppen formiert hätten, die das Geschäft mit der Coca kontrollieren, die es auch im AWA-Gebiet –wie in der gesamten Region- im Übermaß gibt. Die Mitglieder dieser Gruppen haben sich mit unterschiedlichen Namen präsentiert, z.B. hörte man den Namen „Neue Generation“, einer Gruppe, die nach einem in EL ESPECTADOR letzten Montag publizierten Bericht (Quelle: NGO Indepaz) eine paramilitärische Gruppierung im Drogengeschäft sein soll und die im Südwesten des Landes stark vertreten ist.

Zur Präsenz der Illegalen kommt noch die des Heeres, das sich ebenfalls nicht in dem Territorium aufhalten dürfte, wo nach dem Gesetz ausschließlich die Indigene Wache für die Sicherheit zu sorgen hätte. Wie die Gemeinschaft berichtet, hat die Wache der Awa am 2. Oktober die Anwesenheit einer Gruppe von Soldaten innerhalb der Grenzen des Reservats festgestellt und sah sich dann einer Attacke mit Tränengas seitens der Antiterror-Polizeieinheit ausgesetzt.

In dem Gebiet, in der Nähe der einzigen Schule, fand man auch Landminen, die vor einigen Monaten sich noch nicht dort befanden, wie man uns versicherte. Die Gemeinschaft hat auf eigene Rechnung bereits drei der Sprengkörper deaktiviert, weil sie diese als lebensgefährlich ansieht.

Die Lage der Awa ist gravierend, wenn man bedenkt, dass Tumaco ihr Haupt-Siedlungsgebiet ist, wo es 16 Reservate gibt, die von ca. 12.000 Personen bewohnt sind, d.h. fast die Hälfte aller Awa leben in diesen Gebieten, die unter besonderer Gerichtsbarkeit stehen, wie Riber Nastacuas bestätigt, ein Mitglied des Stadtrates, der auch mitteilt, dass etwa 14 Führungspersonen örtlicher Gemeinschaften unter Personenschutz stehen. Angesichts der „Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung“, wie es Nastacuas nennt, wollen sich die Vorsitzenden aller Reservate der Zone am Samstag (21.10.= A.d.Ü.) treffen, um über Maßnahmen zu beraten gegen die Sicherheitskrise, die sie betroffen hat. Die AWA, die zu den Gemeinschaften gehören, die Mordopfer zu beklagen haben, suchen auch mit eigenen Mitteln Auswege aus der Gewaltkrise, sind aber überzeugt, dass grundlegende Lösungen nur in der Hand des Staates liegen können.